

Betreff:

Zukunft des Palasthotels

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zum TOP I.2
„Überleitungen im Finanzhaushalt von 2024 nach 2025“ der Sitzung des Ausschusses für
Finanzen und Beteiligungen am 11.09.2025-

Antragstext:

Antragstext:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, für die Umsetzung des folgenden Beschlusses Sorge zu tragen und entlang der Beteiligungskette entsprechende Gesellschafterweisungen zu erlassen:

1. Für die weitere Entwicklung des Palasthotels sollen mittels einer Markterkundung konkrete Angebote für die folgenden drei Konzepte eingeholt werden:
 - a. Einräumung eines bis 99-jährigen Erbbaurechtes mit der Zweckbindung Wohnen und Gewerbe
 - b. Einräumung eines bis 99-jährigen Erbbaurechtes mit der Zweckbindung Hotelnutzung
 - c. Einräumung eines bis 99-jährigen Erbbaurechtes ohne Zweckbindung
2. Bei der Ausgestaltung der Markterkundung ist dafür Sorge zu tragen, dass kein formales Vergabeverfahren mit Kontrahierungszwang begonnen wird.
3. Die in der SV 25-V-03-0010 vorgesehene Eigenkapital-Erhöhung zugunsten der GeWeGe in Höhe von 10 Mio. EUR für 2026 ist für die Option der Bestandssanierung mit anschließender Wohnnutzung zu reservieren.
4. Die Entscheidung über die finale Entwicklung des Gebäudes obliegt der Stadtverordnetenversammlung. Die Ergebnisse der Markterkundung sowie eine mögliche Finanzierung der Option „Sanierung im Bestand der GeWeGe“ sind deswegen der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

Wiesbaden, 22.09.2025